

Sitzung der Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen am 04.06.2021 als Videokonferenz

Protokollentwurf

Beginn: 14:00 Uhr, Ende: 16:00 Uhr

Teilnehmende:

- | | |
|---------------------------------|---|
| 1. Bendzuck, Gerlinde | Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen |
| 2. Böttcher, Bianca | Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales |
| 3. Böttcher, Johanna | Int. Bleiberecht, Integration |
| 4. Bozdağ, Sevgi | InterAktiv eingetragene Verein/
Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen |
| 5. Braunert-Rümenapf, Christine | Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen |
| 6. Chodakowski, Julia | Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (Prakt) |
| 7. Gärtner, Jochen | Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen |
| 8. Holl, Katharina | Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen |
| 9. Kirschbaum, Almut | Handwerkskammer Berlin |
| 10. Krämer, Ute | Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen |
| 11. Kurbjewit, Frieder | Deutsches Institut für Menschenrechte (DIMR) |
| 12. Doktor Rehse, Catharina | Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales |
| 13. Schenck, Stefan | Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen |
| 14. Schwarz, Volkhard | Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales |
| 15. Doktor Würtz, Julia | Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales |

TOP 1) Begrüßung

- Frau Doktor Rehse begrüßt alle Teilnehmende und eröffnet die Sitzung.

TOP 2) Protokollkontrolle

- Frau Doktor Rehse fragt nach Änderungen oder Ergänzungswünschen zur aktuellen Tagesordnung. Es wurden keine Änderungen oder Ergänzungen zu der aktuellen Tagesordnung seitens der Teilnehmenden geäußert. Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.
- Protokollkontrolle der letzten Sitzung. Frau Doktor Rehse fragt auch hier nach bestehenden Änderungen oder Ergänzungswünschen. Das Protokoll wird ohne Änderungswünsche angenommen.

TOP 3) Aktuelles

Aktualisierung der Protokolle auf der SenIAS Webseite:

- Frau Holl ist aufgefallen, dass nur die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales auf ihrer Webseite die Arbeit der Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen veröffentlicht. Die anderen Senatsverwaltungen haben für ihre Arbeitsgruppen bisher keine Seite angelegt. In diesem Zusammenhang ist Frau Holl auch aufgefallen, dass die Protokolle, die auf der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales Seite veröffentlicht worden sind von 2017 sind. Es wird nach einer Möglichkeit gefragt, die aktuellen Protokolle auf der Seite zu veröffentlichen.
- Frau Doktor Würtz geht auf die Frage ein. Im Moment gestaltet es sich schwierig jemanden für diese Tätigkeit zu finden, weil die zuständige Person gerade in Elternzeit ist. Sobald es personell wieder möglich ist, wird es nachgeholt.
- Frau Braunert-Rümenapf bietet Hilfe durch eine ihrer Referentinnen an, die schon die dafür benötigte Imperia-Schulung gemacht hatte, wenn diese wieder da ist.
- Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales will zusätzlich auf ihrer Webseite die behinderten-politischen Strukturen vorstellen. In dem ein Überblick über die vorhandenen Arbeitsgruppen dargestellt wird. Zudem sollten diese dann auf bestehende Unterwebseiten der jeweiligen Senatsverwaltungen verlinkt werden.

TOP 4) Themen Abteilung Integration

Vorstellung von Handicap International Projekts „Roadbox“:

- Frau Johanna Böttcher erklärt, dass es gerade nichts Aktuelles aus der betreffenden Abteilung zu berichten gibt, sie aber gerne die Teilnehmenden auf das Angebot von Handicap International hinweisen wolle.
- Handicap International hat eine spezielle Webseite aufgebaut, die sich Roadbox nennt. In diesem Zusammenhang sollte ein Kurzfilm gezeigt werden, was leider aufgrund von technischen Problemen nicht möglich war. Deshalb wird hier der Link zur Verfügung gestellt.

- <https://www.hi-deutschland-projekte.de/crossroads/capacity-building/roadbox/storytelling/>
- Handicap International hat schon vor drei Jahren ein Projekt gestartet, welches „Crossroads – Migration, Flucht, Behinderung“ heißt. Innerhalb dieses Projektes haben die Verantwortlichen Schulungen mit Einrichtungen durchgeführt, die mit Menschen mit Behinderungen und mit Geflüchteten arbeiten. Es wurden gemeinsame Schulungen durchgeführt sowie Empfehlungen und Positionspapiere et cetera erstellt. Zudem haben sie auf ihrer Webseite die „Roadbox“ veröffentlicht. Es ist ein Nachschlagewerk, welches unterschiedliche Informationen, zum Beispiel grundlegende Informationen zur Lebenssituation geflüchteter Menschen mit Behinderungen, grundlegende Informationen zur Teilhabe für Menschen mit Behinderungen, konkrete Informationen zur Beratung et cetera beinhaltet. Dieses Instrument ist eine gute Hilfestellung für die Betroffenen, weil es sehr schwierig ist die gesamten Themenfelder abzudecken.
- Frau Braunert-Rümenapf geht in diesem Zusammenhang auf die Integrationskurse für Menschen mit Behinderungen mit Flüchtlingshintergrund ein. Diese wurden aufgrund der Coronapandemie längere Zeit ausgesetzt, was zu besonderen Problemen führt.
- Frau Bianca Böttcher nimmt dieses Problem mit, merkt aber auch an, dass die Integrationskurse zentral vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gesteuert werden.

TOP 5) Themen Abteilung Arbeit

Die Abteilung Arbeit informiert im Folgenden über folgende Themen:

- Es wird berichtet, dass die Inklusionsprämie, die der Senat von Berlin im letzten Jahr beschlossen hat, nun kurz vor dem Abschluss steht und zum 15.6.21 starten soll. Die Abteilung Arbeit bedankt sich bei der Abteilung Soziales für die sehr gute Zusammenarbeit und Abstimmung! Nachtrag: Zwischenzeitlich in Kraft getreten siehe hier <https://www.berlin.de/sen/ias/presse/pressemitteilungen/2021/pressemitteilung.1095744.php>
- Die Inklusionsprämie wird aus Mitteln der Ausgleichsabgabe finanziert. Gefördert werden Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die mit schwerbehinderten Menschen ein sozialversicherungspflichtiges Ausbildungsverhältnis in einem anerkannten Ausbildungsberuf oder in einem Ausbildungsgang nach § 66 des Berufsbildungsgesetzes oder § 42r der Handwerksordnung abschließen. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die für die betriebliche Ausbildung einer schwerbehinderten Person eine Förderung zur Ausbildungsvergütung oder zu einer vergleichbaren Vergütung nach § 73 SGB III erhalten, bekommen von der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit zusätzlich eine Inklusionsprämie in Höhe von 2.000 €, sofern die/der Arbeitgeberin /Arbeitgeber für das Ausbildungsverhältnis keine Prämie aus einem anderen Programm erhält.

Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die Jugendliche und junge Erwachsene mit Handicap einstellen, die während der Zeit ihrer Berufsausbildung in Betrieben oder Dienststellen oder einer beruflichen Orientierung schwerbehinderten Menschen nach § 151 Abs. 4 SGB IX gleichgestellt sind, müssen die Inklusionsprämie beim Integrationsamt Berlin beantragen.

- Frau Kirschbaum stellt die Inklusionsberatung vor. Hierzu wird auf die Präsentation im Anhang Seite 7 verwiesen.
- Auf den Antrag aus dem Behindertenparlament vom 5.5.21 „Inklusive Wege in die Arbeitswelt jetzt schaffen“ geht die Abteilung Arbeit wie folgt ein: Die Abteilung Arbeit ist sich ihres Arbeitsauftrages auf Basis der UN-Behindertenrechtskonvention bewusst und trägt bereits unter anderem mit Maßnahmen wie der Projektförderung der Inklusionsberatung oder dem Projekt „Barrieren-Nein Danke“ dazu bei, dass durch das „Aufschließen“ der Arbeitgeberseite durch Information, Sensibilisierung und Unterstützung ein Einmünden in Ausbildung oder Beschäftigung für Menschen mit Behinderungen leichter gelingen kann. Die geäußerte Kritik im Antrag bezieht sich auch in erster Linie auf die Förder- und Beratungsstruktur der Bundesagentur für Arbeit, auf die die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales nur im Rahmen der kooperativen und kollegialen Zusammenarbeit Einfluss nehmen kann, ihr aber keinerlei Weisungsrechte zustehen. Hinsichtlich einer vermittelnden Unterstützung hatte sich Frau Senatorin Breitenbach auch positiv geäußert, allerdings um Präzisierung gebeten, was diesbezüglich angedacht wird.
- Zuletzt wird auf die Ausbildungssituation von Menschen mit Behinderungen eingegangen: Wie ja bekannt ist, hat die Corona-Pandemie den Ausbildungsmarkt hart getroffen. Aufgrund wirtschaftlicher Unsicherheiten entscheiden sich weiterhin Betriebe gegen eine Ausbildung von zukünftig dringend benötigten Fachkräften. Für Menschen mit einer Schwerbehinderung, die bei der Ausbildungsplatzsuche ohnehin öfter Schwierigkeiten haben, wird es nunmehr schwieriger werden, einen Ausbildungsplatz zu finden. Der Senat ist dennoch bemüht, die Teilhabe und Partizipation am Arbeitsleben und Ausbildung von Menschen mit Behinderungen bestmöglich zu unterstützen.

TOP 6) Themen Abteilung Soziales

Sonderfahrdienst

- Herr Schwarz berichtet die europaweite Ausschreibung wurde zum Monatswechsel März/April veröffentlicht. Zum 10.5. (Abgabefrist) lagen Angebote vor, eine Vergabeentscheidung wurde getroffen, die aber noch nicht kommuniziert werden kann, da das Vergabeverfahren noch läuft. Es ist sichergestellt, dass es auch künftig einen Sonderfahrdienst (SFD) in Berlin geben wird.
- Ergänzend:
<https://www.berlin.de/sen/ias/presse/pressemitteilungen/2021/pressemitteilung.1095491.php>

Stand Landesgleichberechtigungsgesetz

- Das Artikelgesetz zur Umsetzung der UN- Behindertenrechtskonvention lag dem Rat der Bürgermeister (RdB) vor, der sich im dafür zuständigen Ausschuss des Rates der Bürgermeister (RdB) circa 1,5 Stunden Zeit für eine inhaltliche Auseinandersetzung genommen hat. Um das Gesetz noch vor der Sommerpause in das Abgeordnetenhaus (AbgH) zu bekommen, konnte die Änderungsvorschläge des Rates der Bürgermeister (RdB) – da ansonsten ein neues Mitzeichnungsverfahren hätte eingeleitet werden müssen – nicht mehr berücksichtigt werden. Der Gesetzentwurf ist zwischenzeitlich vom Senat beschlossen worden und liegt nunmehr dem Abgeordnetenhaus (AbgH) vor.
- Ergänzend:
<https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2021/pressemitteilung.1092920.php>

Stand Berliner Teilhabebericht

- Der vom Fachbereich fertiggestellte Teilhabebericht wurde von der Hausleitung gebilligt und befindet sich derzeit im Mitzeichnungsverfahren. Ein Senatsbeschluss dazu ist circa Juni/Juli zu erwarten.

Kurzbericht von der Tagung der Teilhabereferenten der Länder

- Ein inhaltlicher Schwerpunkt war das Budget für Arbeit, welches bundesweit bisher nicht im erwarteten Umfang angenommen wird. Aus fachlicher Sicht scheinen hier Änderungen im Sozialgesetzbuch IX zielführend. Ferner wurde unter anderem erörtert, wie eine trägerübergreifende Zusammenarbeit im Interesse der leistungsberechtigten Menschen befördert werden kann.

Regelungen zu Assistenzhunden für Menschen mit Behinderungen in Berlin

- Frau Doktor Würtz berichtet, dass das Abgeordnetenhaus am 6.05.21 den Antrag zur Umsetzung der Kampagne „Assistenzhunde willkommen“ beschlossen hat. Der Schwerpunkt der Kampagne liegt darauf durch Informations- und Schulungsmaterial die Mitarbeitenden an den Eingängen öffentlicher Gebäude, Einrichtungen und Unternehmen über die Eintrittsrechte von Menschen mit Behinderungen und ihren Assistenzhunden zu sensibilisieren und die Hausordnungen entsprechend anzupassen.
- Unabhängig davon hat der Bundesrat nun im zweiten Durchgang am 28.05. das Teilhabestärkungsgesetz beschlossen, dort wird der Zugang von Assistenzhunden in öffentliche und private Einrichtungen durch eine Änderung im Bundesgleichstellungsgesetz (BGG) geregelt. Zusätzlich werden dort auch Regelungen zur Ausbildung und Qualifizierung von Assistenzhunden getroffen.
- Eine wichtige Frage, die bisher nicht geklärt ist, wer für die Finanzierung der Assistenzhunde aufkommt. Eine Anerkennung wäre es, wenn Assistenzhunde wie Blindenführhunde in das Hilfsmittelverzeichnis gemäß § 33 Sozialgesetzbuch V (in Verbindung mit § 139 Sozialgesetzbuch V) aufgenommen werden. Das Gesetz tritt am 1.1.2022 in Kraft.

- Es gilt nun zu prüfen, wie die Regeln im Land Berlin umzusetzen sind gegebenenfalls durch eine Änderung im neuen Landesgleichberechtigungsgesetz (LGBG). Die Kampagne und das Gesetz sind dabei nicht unabhängig voneinander zu bearbeiten. In nächster Zeit sollen Regeln zu Assistenzhunden für Berlin aufgesetzt werden.

Europäische Sozialfonds (ESF)-Projektantrag „Teilhabeorientiertes Sozialraummanagement“

- Berichtet wird über ein Vorhaben der Sozialverwaltung: ein Projektantrag im Rahmen des Europäischen Sozialfonds zum „Teilhabeorientierten Sozialraummanagement“.
- Ziel des Projektes ist es, die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in den Sozialräumen in Berlin zu verbessern.
- Wichtiger Anlaufpunkt für die Berlinerinnen und Berliner im Sozialraum sind die durch den Senat finanzierten gesamtstädtischen Stadtteilzentren (Nachbarschaftszentren, Nachbarschaftshäuser, soziale Treffpunkte). Dort knüpft das Instrument an, indem vor Ort Teilhabeorientierte Sozialraummanagerinnen und -manager (TS-Manager/innen) eingesetzt werden sollen. Mit einem personenbezogenen und einem strukturellen Ansatz unterstützen sie die Menschen mit Behinderungen bei der Nutzung ihres Sozialraums und fördern gezielt den Abbau von Teilhabebeschränkungen und Barrieren.
- Projektlaufzeit ist von 2023 bis 2029 – begonnen werden soll mit einer zweijährigen Pilotphase, nach der das Projekt anschließend auf bis zu 45 Standorte berlinweit ausgeweitet werden soll.
- In den nächsten Wochen entscheidet sich, ob das Land Berlin die Fördermittel erhält. Eine Beteiligung der Selbstvertretungen fand bisher im Rahmen des Projektes in der Werkstatt Sozialraumorientierung statt. Für die Auswertung des Piloten ist die Einbeziehung der Menschen mit Behinderungen im Konzept vorgesehen.

Stand Berliner Maßnahmenplan

- Es wird auf den aktuellen Stand der Umsetzungsbegleitung eingegangen. Ziel ist es, anhand des in der Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen beschlossenen Verfahrens auf der Sitzung am 10. September über den Umsetzungsstand einzelner Maßnahmen zu sprechen.
- Der Berliner Maßnahmenplan befindet sich jetzt auch auf der Web-Seite der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (SenIAS):
<https://www.berlin.de/sen/soziales/besondere-lebenssituationen/menschen-mit-behinderung/behindertenpolitik/berliner-massnahmenplan/>
- Aktuell läuft die Beauftragung eines Dienstleisters zur Übersetzung des Maßnahmenplans in leichte Sprache.

Antrag Berliner Behindertenparlament „Politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen in Berlin stärken!“

- Aus Zeitgründen wird das Thema vertagt.

TOP 7) Verschiedenes

Der nächste Termin der Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen ist am 10.09.2021.

Anhang: Leider können wir hier bei den Anhängen keine Barrierefreiheit gewähren.

Vorstellung der Inklusionsberatung von Frau Bianca Böttcher

The slide features a blue background with white text. In the top right corner, there is a logo for 'Handwerkskammer Berlin' consisting of a blue circle with a white stylized 'H' and the text 'Handwerkskammer Berlin' next to it. The main title 'Beratungsstelle Inklusion im Handwerk' is centered in a large, bold, white font. Below the title, the contact information for Almut Kirschbaum is listed in a smaller white font. At the bottom left, the date '10.06.2021' is displayed, and at the bottom right, the number '1' is shown.

Handwerkskammer
Berlin

Beratungsstelle Inklusion im Handwerk

Almut Kirschbaum
Handwerkskammer Berlin
Blücherstr. 68, 10961 Berlin
Tel.: +49 30 25903 – 484
E-Mail: kirschbaum@hwk-berlin.de
<https://www.facebook.com/Inklusion4u>

10.06.2021 1

Inklusionsberatung – individuelle Beratungsbedarfe

- Behinderungen vielfältig: Schwerbehinderung, häufig unsichtbare Behinderungen, Lernbeeinträchtigungen, nicht benannte, (noch nicht) diagnostizierte LRS
- Ausbildungsförderung zur Anbahnung oder Stabilisierung des Ausbildungsverhältnisses, Beantragung von Nachteilsausgleichen in Prüfungen, VerA-Mentoring, Ausbildungsförderung etc.
- selten Reha-Status, vor und in Ausbildung, Bedarf Reha-Beratung bzw. SIBUZ, Beantragung Schwerbehindertenaus etc.
- Jobsuchende Menschen mit Behinderungen

10.06.2021

2

Die Inklusionsberatung bietet ...

- ✓ Kontakte herstellen über die Angebote der Handwerkskammer
- ✓ Kontakte zu Handwerksbetrieben für Praktikum, Ausbildung und Beschäftigung
<https://www.hwk-berlin.de/artikel/lehrstellen-und-praktikumsboerse>
- ✓ Bewerbungs-Check
- ✓ Beratung zum Thema Behinderung und Prüfungen
- ✓ Informationen zu Fördermöglichkeiten und Verweisberatung
- ✓ Prozessberatung, Begleitung

10.06.2021

3

Wie blicken viele Betriebe auf Inklusion?

- ✓ unklares Verständnis von Behinderung
- ✓ staatliche Unterstützungsleistungen weitgehend unbekannt
- ✓ Intransparenz der Fördermöglichkeiten
- ✓ zu viel Bürokratie ... „Behördenschungel“
- ✓ Planungsunsicherheit

10.06.2021

4



5

Beratungsbedarfe von Betrieben

- Berücksichtigung Schwerbehinderung (Ausbildungsvertrag, in Ausbildung, Einstellung, Beschäftigung)
- Auszubildende mit Schwierigkeiten in der Ausbildung beim Lernen etc. Problemanzeige und Lösungswege
- Informationen zu Möglichkeiten der Ausbildungsförderung
- Beantragung Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung und Eingliederungszuschuss (und Lohnkostenzuschuss)
- Möglichkeiten BBiG und HwO – Nachteilsausgleich in Prüfungen, Teilzeitausbildung, Fachpraktiker-Regelung
- Verweisberatung zum Arbeitgeberservice, Integrationsamt, Integrationsfachdienste etc.

Inklusionsberatung als Vernetzungs- und Fachstelle

- Netzwerkpflge - Vernetzung mit Bildungsträgern, Schulen, Projekten etc. (Vorträge, Kooperations- Informationsveranstaltungen, Matching-Veranstaltungen)
- Veranstaltungen für Betriebe, Ausbilder*innen
- Workshop-Angebote für Innungen/Prüfungsausschüsse
- Produkte (Checklisten, Infoblätter etc.)
- Runder Tisch Inklusion – betriebliche Inklusion in Ausbildung und Beschäftigung im Land Berlin
- Elternarbeit – Digitale Elternsprechstunde
- Karrieremobil der Handwerkskammer Berlin
- Öffentlichkeitsarbeit

Runder Tisch betriebliche Inklusion in Ausbildung und Beschäftigung – Teilnehmende -

- Regionaldirektion Berlin-Brandenburg/ Agentur für Arbeit
- Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg
- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Industrie- und Handelskammer
- DGB Berlin-Brandenburg
- Integrationsamt
- Integrationsfachdienste
- Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung
- Landesbeirat Menschen mit Behinderung
- Senatsverwaltung für Integration Arbeit und Soziales
- Handwerkskammer Berlin

Handwerk für alle

- Aktionsprogramm Handwerk – Grundsätzliches
- Modellprojekt Beratungsstelle Inklusion im Aktionsprogramm 2018-2020
- Zielsetzung: Stärkung von inklusiver Ausbildung und Beschäftigung im Handwerk
- Start der Beratungsstelle Inklusion im Handwerk 01.01.2020
- Beratung für Betriebe und für Menschen mit Behinderungen, besonderen Unterstützungsbedarfen in Ausbildung und Beschäftigung im Handwerk
- Runder Tisch Inklusion
- Verankerung der Inklusionsberatung im Aktionsprogramm 2021-2023

Handwerkskammer Berlin
Blücherstraße 68
10961 Berlin
<https://www.hwk-berlin.de/>

Die Beratungsstelle Inklusion im Handwerk
wird von der Senatsverwaltung für
Integration, Arbeit und Soziales gefördert.



Protokollantin: Julia Chodakowski